

🌐 www.dvgw.de

STELLUNGNAHME

vom 6. Februar 2026 zum

Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Düngegesetzes

DVGW Deutscher Verein des
Gas- und Wasserfaches e.V.

Ansprechpartner

Dr. Daniel Petry

Josef-Wirmer-Straße 1-3

53123 Bonn

Tel.: +49 228 9188-856

E-Mail: daniel.petry@dvgw.de

Lobbyregisternummer: R00916

Der DVGW bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu dem vom BMLEH am 15. Januar 2026 vorgelegten Referentenentwurf für ein zweites Gesetz zur Änderung des Düngegesetzes (DüngG-E).

Neben Regelungen zum Inverkehrbringen von Düngemitteln, sollen mit der Änderung des Düngegesetzes insbesondere die Regelungen zur Stoffstrombilanz gestrichen und neue Regelungen für ein Wirkungsmonitoring als Beleg für die Wirksamkeit der Düngeverordnung für die Erreichung der Ziele der EG-Nitratrichtlinie geschaffen werden.

Der DVGW begrüßt, dass es gemäß § 1 Nr. 4 DüngG-E weiterhin Zweck des Gesetzes ist *„einen nachhaltigen und ressourceneffizienten Umgang mit Nährstoffen bei der landwirtschaftlichen Erzeugung sicherzustellen, insbesondere Nährstoffverluste in die Umwelt so weit wie möglich zu vermeiden“*.

Handlungsdruck zum Schutz der Gewässer weiterhin groß

Der DVGW betont, dass der Handlungsdruck zur Erreichung der mit dem Gesetzeszweck verbundenen Gewässerschutzziele nach wie vor groß ist und die bestehenden Regelungen des Düngerechts nicht ausreichen, um die Ziele der EG-Nitratrichtlinie zu erreichen.

Aus dem jüngsten Nitratbericht der Bundesregierung lässt sich keine Trendwende bei den Nitratbelastungen des Grundwassers ableiten, die auf Effekte der Düngeverordnung zurückzuführen ist. Zudem wird bei der laufenden Umsetzung der Trinkwassereinzugsgebieteverordnung auf Basis des Wasserhaushaltsgesetzes deutlich, dass ein wesentlicher Teil der für die Trinkwasserressourcen in Deutschland identifizierten Risiken aus der landwirtschaftlich verursachten Nitratbelastung des Grundwassers stammen. Dies wird die zuständigen Wasserbehörden verpflichtet, gemeinsam mit den für den Vollzug des Düngerechts zuständigen Behörden bis zum 12. Mai 2027 die Festlegung geeigneter Risikomanagementmaßnahmen zu prüfen.

Mit Nährstoffvergleich und Stoffstrombilanz wurden gute Bilanzinstrumente aufgegeben

Der DVGW hat in der Vergangenheit regelmäßig darauf hingewiesen, dass er die Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung wie auch die zuvor erfolgte Streichung des Nährstoffvergleichs aus der Düngeverordnung für falsch hält. Dadurch sind einfache und robuste Bilanzierungsinstrumente zur Verfolgung des Gesetzeszwecks verloren gegangen, die sich in den Kooperationen zwischen Land- und Wasserwirtschaft seit Jahrzehnten bewähren.

Wirkungsmonitoring muss emissions- und immissionsseitig auf realen und gemessenen Daten basieren

Die Wirksamkeit der Düngeverordnung soll künftig über ein modellbasiertes und flächendeckendes Monitoring kontrolliert werden, das der Berichterstattung gegenüber der EU-Kommission dient. Außerdem soll damit beurteilt werden können, unter welchen Voraussetzungen Betriebe von den strengeren Anforderungen in den mit Nitrat belasteten Gebieten ausgenommen werden können.

Der DVGW begrüßt die mit dem neu eingefügten § 12a DüngG-E geschaffenen Grundlagen für ein Wirkungsmonitoring. Damit das Wirkungsmonitoring tatsächlich dem Erreichen der Gewässerschutzziele dienen kann, muss es bestimmten Anforderungen genügen:

- Gemäß den einschlägigen Veröffentlichungen des Thünen-Instituts und des Umweltbundesamtes zur Methodenentwicklung wird das Monitoring überwiegend auf **Modellierungen auf einer räumlich aggregierten Ebene** beruhen. Das mag für die Berichterstattung gegenüber der EU-Kommission genügen, nicht jedoch für den Vollzug der Düngeverordnung und auch nicht als Beurteilungsgrundlage für die Begründung von Ausnahmen in mit Nitrat belasteten Gebieten. **Mit aggregierten Daten modellgestützt ermittelte Sickerwasserkonzentrationen sind unzureichend**, da Bilanzierungsdaten allein erfahrungsgemäß nicht die tatsächlich im Boden und im Sickerwasser vorhandenen Frachten abbilden, die wesentlich durch Anbauverhältnisse, klimatische Bedingungen und das herbstliche Bewirtschaftungsmanagement auf der Fläche mitbestimmt werden.
- Zur Ermittlung des Nitrataustrags aus den landwirtschaftlich genutzten Flächen sind detaillierte betriebliche und flächenscharfe Daten zur Landbewirtschaftung zwingend erforderlich. Der DVGW begrüßt, dass dafür so weit wie möglich bereits verfügbare Daten bei den Behörden und in den Betrieben genutzt werden sollen. Insbesondere die **Nutzung der InVeKoS-Daten** ist ein großer Fortschritt gegenüber der bisherigen Praxis. Der DVGW begrüßt außerdem, dass laut Begründungsteil bestehende Datenlücken bspw. zu gasförmigen Verlusten, Wirtschaftsdüngertransporten, Nährstoffgehalten von Gärresten oder den tatsächlichen Entzügen über Ernteprodukte geschlossen werden sollen. Die dafür zusätzlich zu erhebenden Daten sind zwingend erforderlich, um das Emissionsgeschehen vollständig und flächendifferenziert abzubilden.
- Ein verursachergerechter Vollzug der Düngeverordnung und die Gewährung von Ausnahmen von Anforderungen in mit Nitrat belasteten Gebieten erfordern mindestens eine betriebs- und wenn die Datengrundlagen es erlauben auch eine flächendifferenzierte Ermittlung von Nährstoffsalden, der Bodenverhältnisse, klimatischen Bedingungen und der tatsächlichen Belastungssituation in den Gewässern. Daher hält der DVGW die **Aufnahme obligatorischer Bilanzierungsvorgaben in das Dünge-recht** für dringend erforderlich. Wenn die verfügbaren Datengrundlagen Betriebs- und/oder Flächenbilanzen im Rahmen des Wirkungsmonitoring erlauben, kann deren Berechnung in den behördlichen Vollzug integriert und die Landwirtinnen und Landwirte können von zusätzlichen Aufgaben entlastet werden.

Der DVGW fordert daher als Mindestvoraussetzung für eine verursachergerechte Steuerung des Nährstoffmanagements die **Schaffung betrieblicher Bilanzierungsmöglichkeiten im Dünge-recht**, die

- Transparenz über den Nährstoffhaushalt herstellen,
- betriebliche N- und P-Überhänge erkennen lassen,
- das Ableiten von Potenzialen und Maßnahmen zur Reduzierung der Stoffausträge und -verluste sowie
- Aussagen zu mehrjährigen Entwicklungstrends ermöglichen.

Zur Erstellung vollständiger Bilanzen müssen bei tierhaltenden sowie organische Dünger aufnehmenden Betrieben die im Betrieb zur Verfügung stehenden, düngewirksamen Stickstoffquellen erfasst werden. Dazu ist die Aufnahme und Abgabe von organischen Düngern (Wirtschaftsdünger, Gärreste, etc.) eines Betriebes vollständig in der Bilanz zu erfassen. Dies sollte bundeseinheitlich im Düngegesetz konkretisiert werden und über die Vorgaben für ein Nationales Aktionsprogramm, die bestehende Düngeverordnung oder die geplante Monitoringverordnung geregelt und falls notwendig um eine zusätzliche Wirtschaftsdüngerverbringungs- und Meldeverordnung ergänzt werden.

Zur Zielerreichung eines guten Zustandes des Grund- und Oberflächenwassers hält der DVGW zusätzlich **gezielte regionale und ursachenbezogene Aktionsprogramme** im Sinne des § 3a DüngeG-E für erforderlich. Die Ursachen und das Ausmaß der Nitratbelastung sind regional sehr unterschiedlich. Dem sollte aus Sicht des DVGW Rechnung getragen werden, indem regional angepasste Konzepte zur Minderung der Nitratbelastung ermöglicht werden. Die Datenbereitstellung dafür muss im hier vorliegenden Gesetz entsprechend angepasst werden. Solche, auf die regionalen Gegebenheiten zugeschnittenen Aktionsprogramme würden zudem die dringend erforderliche **Verknüpfung mit dem Risikomanagement in den Trinkwassereinzugsgebieten** gemäß TrinkwEGV herstellen.